

Ränkespiele um den GUS-Jubiläumsgipfel

In der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sollten jetzt eigentlich die Sektorken knallen. 15 Jahre ist das Bündnis von zwölf früheren Sowjetrepubliken, die 1991 unabhängig wurden, alt. Doch das Jubiläum wird überschattet von einer existenziellen Krise der Organisation. Das Geschacher um Zeit und Ort des geplanten Gipfeltreffens illustriert die Grabenkämpfe.

Tino Künzel

Die zwölf Präsidenten hatten mit Glanz und Gloria am 17. Oktober in Minsk konferieren sollen. Dazu kam es jedoch nicht. Zwei Wochen vorher legten Russland und Kasachstan hinter verschlossenen Türen fest, den Gipfel auf den 28. November zu verschieben. Neben anderen Mitgliedern der Gemeinschaft wurde auch Gastgeber Weißrussland nicht gefragt, worauf sich Präsident Alexander Lukaschenko vernehmlich räusperte: „So geht das nicht.“ Einige Länder hielten sich für „Staaten ersten Ranges“, das zeuge von den „Unzulänglichkeiten in der GUS“. Der Kreml begründete die Verschiebung kühl damit, dass das Projekt der Reformierung des Bündnisses noch korrigiert werden müsse. Auf dem Tisch liegt bisher das Reformkonzept von Kasachstans Staatschef Nursultan Nasarbajew, der gegenwärtig in der Gemeinschaft präsidiert und auf dem letzten Gipfel beauftragt worden war, Vorschläge zur Restrukturierung zu unterbreiten. Er gilt, halb ironisch, ohnehin als „Hauptintegrator“ innerhalb der GUS. Doch sein Reformprogramm geriet indirekt bereits unter Beschuss von Seiten Lukaschenkos: Wenn jemand unter dem Vorwand der Reform die Allianz beerdigen wolle, dann werde sich Weißrussland daran nicht beteiligen.

Russische Beobachter vermuten, dass die Verschiebung des Gipfels vor allem ein Denkzettel für Lukaschenko ist. Der hatte Moskau am 29. September vor Journalisten in scharfer Form vorgewor-

fen, die Staatenunion von Russland und Weißrussland zu unterminieren. Außerdem schloss sich Minsk weder dem russischen Visaboykott für Georgier an noch dem Importverbot für georgische und moldawische Weine. Wie die „Newswissimaja Gaseta“ und „Wremja Nowostej“ am 20. Oktober übereinstimmend unter Berufung auf Kreml-Kreise berichteten, wird sogar ein Ortswechsel des Treffens erwogen, das demnach in Kasachstan stattfinden könnte. Dort waren in Almaty am 21. Dezember 1991 die GUS-Staatschefs zum ersten Mal zusammengekommen.

Die Ränkespiele ums Protokoll sind symptomatisch für den heutigen Zustand der Organisation, deren Schicksal am seidenen Faden hängt. Nach wie vor ist der Fakt, einmal zur Sowjetunion gehört zu haben, der größte gemeinsame „Wert“. Er trägt allerdings immer weniger. Dafür häufen sich die Interessenkonflikte, und politische Rechnungen werden beglichen, als ob es die Gemeinschaft nicht gäbe. So war die Reaktion der meisten Mitgliedsstaaten auf die Eskalation in den Beziehungen zwischen Russland und Georgien vielsagendes Schweigen. Georgien fühlt sich dadurch in seiner Absicht, die GUS zu verlassen, nur bestärkt. Parlaments-Präsidentin Nino Burdschanadze sagte in einem Interview mit dem „Kommersant“: „Was ist das denn für eine Struktur, die nichts machen kann, wenn sich zwei Staaten der GUS praktisch am Rande des Krieges befinden? Diese Organisation bringt uns gar nichts.“

Mächtig, aber ohne eine Stimme

Weil Europa seit der Gaskrise zu Beginn dieses Jahres eine zunehmende Abhängigkeit von russischem Öl und Gas fürchtet und seinem größten Energielieferanten nicht mehr vertraut, sucht die EU gegenüber Russland eine einheitliche Linie. Mitte Oktober, beim Gipfeltreffen in Lahti, trat Europa überraschend geschlossen auf, doch Präsident Putin wich keinen Millimeter.

Christian Weisflog

Nicht Ideologie, sondern „Energie für den Planeten“ lautet heute die Devise in Moskau und in der Zentrale des russischen Energieriesen Gasprom: Entsprechend dem Vorbild weltweit agierender Konzerne drängt der Staatsmonopolist von China bis Lateinamerika auf die Energiemärkte.

Durch Tauschgeschäfte – die Verlängerung von Lieferverträgen oder die Beteiligung an russischen Gasfeldern – ist dem russischen Unternehmen in mehreren europäischen Ländern bereits der Sprung in den lukrativen Endkundenmarkt geglückt: darunter Deutschland, Ungarn, Frankreich und Italien.

Doch Gasproms zunehmende Präsenz in Europa nährt die Angst vor einem russischen Gaskartell. Die Annäherung zwischen Gasprom und dem algerischen Energiekonzern Sonatrach in diesem Sommer hat diese Befürchtungen noch verstärkt. Denn Algerien ist neben Russland der zweitgrößte Gaslieferant Europas. Vor dem Hintergrund versiegender Energievorkommen in Europa und einem steigenden Konsum geht die EU davon aus, dass im Jahr 2030 70 Prozent des Energiebedarfs durch Importe gedeckt werden müssen. Europa ist daher auf Russland, das rund ein Viertel der weltweiten Erdgasvorkommen besitzt, zunehmend angewiesen, besonders im Kontext der unsicheren Lage im Nahen Osten.

Bis vor kurzem galt Russland als verlässlicher Partner, der seine Lieferverpflichtungen selbst zu den unruhigen Zeiten des Kalten Krieges immer erfüllte. Seit der Gaskrise zu Beginn dieses Jahres ist das gegenseitige Vertrauen jedoch weg. Am 1. Januar drehte Russland der Ukraine, durch die 80 Prozent der Exporte nach Europa fließen, den Gashahn zu, weil diese einem Vertrag mit drastisch erhöhten Bezugspreisen nicht zustimmen wollte. Durch die Blockade traf Russland jedoch auch Westeuropa, wo deutlich weniger Gas ankam. Seither haben sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland merklich abgekühlt: Heute fürchtet Europa nicht, dass ein Generalsekretär im Kreml den Atomknopf drückt, sondern dass ein Präsident am Gashahn dreht.

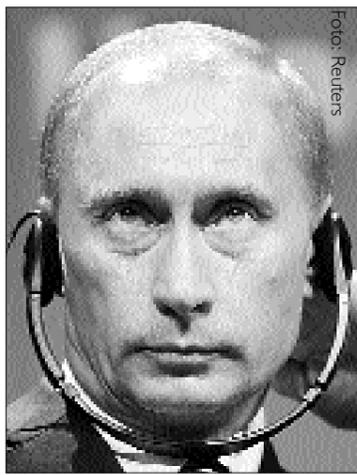
Die EU forderte von Moskau nach der Gaskrise vehement die Ratifizierung der Energiecharta und des Transitprotokolls. Diese internationalen Verträge regeln Transit, Handel und Investitionen im Energiebereich. Oberste Prinzipien der Regelwerks sind Transparenz und die Nicht-Diskriminierung. Mit einem neuen Grünbuch über eine gemeinsame Energiepolitik bestärkte die EU zudem die Absicht, ihre Energiequellen zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten zu reduzieren.

Moskau reagierte darauf trotzig: Die Ratifizierung der Energiecharta liege nicht im Interesse Russlands. Der Kreml drohte seinerseits die Absatzmärkte zu diversifizieren und sein Öl und Gas eben nach Asien zu verkaufen, wenn es Europa nicht wolle. Zudem verabschiedete die Duma ein Gesetz, welches das bereits bestehende Exportmonopol von Gasprom noch zementierte.

Zuletzt ging der russische Staat auch mit ausländischen Investoren un zimperlich um: Mitte September wurde einem ausländischen Konsortium, das auf der Pazifikinsel Sachalin ein giganti-

sches Offshore- und Pipelineprojekt zur Gewinnung von Flüssiggas realisiert, wegen angeblichen Verletzungen von Umweltvorgaben zwischenzeitlich die Lizenz entzogen. Kritische Stimmen vermuten, dass Gasprom hinter der Aktion steht. Der Gasmonopolist wolle sich damit eine günstige Verhandlungsbasis für den Erwerb eines Aktienpakets des Konsortiums schaffen. Kürzlich erklärte Gasprom zudem, dass es bei der Erschließung des riesigen Stockmann-Feldes in der Barentssee auf ausländische Beteiligungen verzichten werde.

Dabei benötigt der russische Energiesektor dringend ausländische Investitionen. Die internationale Energieagentur schätzt den Investitionsbedarf bis zum



Präsident Putin an der Pressekonferenz mit EU-Kommissions-Präsident José Barroso im finnischen Lahti.

Jahr 2030 auf eine Billion Dollar. Gasproms Fördermenge stagniert und wird sinken, weil das Unternehmen die Erschließung neuer Felder seit Jahren vernachlässigt und stattdessen einfach zentralasiatisches Gas einkauft.

Und Russland braucht Europa: Denn dorthin verkauft Gasprom heute rund drei Viertel seines Exports. Und die Gaspreise sind hier wesentlich lukrativer als in China. „Wenn die EU weiterhin die russischen Öl- und Gasexporte dominiert, wird es gegenüber Russland bei allen Streitfällen in einer stärkeren Position sein“, sagt Andrew Monaghan, Direktor des britischen Zentrums für Russlandforschung.

Tatsächlich traten die Staats- und Regierungschefs der EU am informellen Gipfel im finnischen Lahti erstaunlich geschlossen auf. Zum ersten Mal seien die Probleme offen erörtert worden, ohne zu versuchen, die Unterschiede in den Haltungen der EU und Russland zu vertuschen, meinte der litauische Präsident Valdas Adamkus. Trotzdem beharrte Putin auf den russischen Positionen: Die Ratifizierung der Energiecharta lehnte er ab. Bei Sachalin, erklärte er, gehe es nicht nur um Umweltfragen, sondern auch darum, dass die ausländischen Investoren ihre laufenden Ausgaben drastisch erhöhten. Dadurch verringerten sich entsprechend dem gemeinsamen Produktionsabkommen die staatlichen Einnahmen aus dem Projekt. Für die angespannte Lage im Südkaukasus machte Putin Georgien verantwortlich, das die Konflikte mit Abchasien und Südossetien gewaltsam lösen wolle.

Das nächste europäisch-russische Kräftemessen steht Ende November, beim nächsten Gipfeltreffen in Helsinki bevor.

KURZ und KNAPP

Vom Bürgermeister zum Untertan

Bereits seit längerem steht in Russland die Abschaffung der Bürgermeisterwahlen zur Debatte. Ende Oktober wurde nun erneut eine entsprechende Gesetzesvorlage eingebracht. Sollte sie angenommen werden, könnten Gouverneure bereits ab dem 1. Januar „ihre“ Bürgermeister ernennen. Die Mitglieder der Gesellschaftskammer beurteilen das Vorhaben jedoch als unvereinbar mit der Verfassung: „Jede radikale Änderung kann nur mit einem Referendum durchgeführt werden“, betonte Wjatscheslaw Glasytschew, der Vorsitzende der Kommission für Selbstverwaltung gegenüber der Iswestija. Der Gouverneur der Rostower Oblast sieht es flexibel: „Ich bin ein Anhänger von Wahlen. Wenn aber zwischen Gebietsbehörden und Lokalverwaltung ein ständiger Konflikt herrscht, ist es besser, den Bürgermeister zu ernennen.“

Auf den eigenen Fuß getreten

Die „Partei des Lebens“, die nach dem Willen des Kreml neben der Mehrheitspartei „Einiges Russland“ zum zweiten Standbein der herrschenden Elite werden soll, ist dem großen Bruder auf den Fuß getreten: Bei den Bürgermeisterwahlen in Samara setzte sich der Kandidat der „Partei des Lebens“, Viktor Tarachow, gegen den bisweiligen Amtsinhaber von „Einiges Russland“ Ende Oktober durch. Bereits vor dem Abstimmungstag haben die Wahlen für Aufsehen gesorgt, weil sich Igor Putin, ein Cousin des russischen Präsidenten und Direktor eines lokalen Industriebetriebs, auf die Seite von Terechow stellte und seinen Austritt aus der Partei „Einiges Russland“ verkündete.

Liquidierung der Opposition

Michail Kasjanows „Volksdemokratische Union“ erhält keine Registrierung. Die Begründung des Föderalen Registrierungsdienstes klingt fadenscheinig. Kasjanows Vereinigung könne nicht als „Union“ registriert werden, außerdem habe man falsche Informationen über die Mitglieder gegeben. Unabhängige Politiker sehen in dem Vorgehen der Behörde den nächsten Schritt zur vollständigen Liquidierung der politischen Opposition. Kasjanow werden nicht zum ersten Mal Steine in den Weg gelegt. Vor knapp einem Jahr liefen seine Ambitionen, eine „Demokratische Partei Russlands“ unter seiner Leitung zu gründen, ins Leere. Auch damals wurde die Registrierung versagt.

Zahlen bitte!

0,3

... Prozent seiner Bevölkerung verlor Russland im ersten Halbjahr 2006. Rund eineinhalb Millionen Menschen starben in diesem Zeitraum, während nur 981 000 Kinder zur Welt gebracht wurden. Ohne die höhere Geburtenrate der Migranten wäre der Bevölkerungsrückgang jedoch noch größer. Nimmt die Zahl der Russen ab, steigt dafür ihr Einkommen: Die Durchschnittslöhne wuchsen laut dem staatlichen Statistikamt seit Anfang Jahr um 24,3 Prozent.

Moskauer Deutsche Zeitung

DIE UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Herausgeber
Heinrich Martens

Redaktion
Larissa Chudikowa
(Politik, Zeitgeschehen)
lotos@martens.ru

Carmen Eller
(Feuilleton, Fotoreportage)
celler@martens.ru

Tino Künzel
(Leben in Moskau, Geschichte,
Meinung und Medien)
tinok@martens.ru

Diana Püplichhuysen
(Wirtschaft, Deutsches Dorf)
diana@martens.ru

Christian Weisflog
(Regionen, Russland heute, GUS)
cweisflog@martens.ru

Elena Solominski
(Wo und Was in Moskau)
elens@gmx.net

Korrektur
Nina Botschkarjowa,
Raissa Krapschina

Computersatz
Olga Baumgärtner

MDZ-Online
Tino Künzel

„Martens. Verlag & Consulting“ AG

Geschäftsführung
Olga Martens

Vertrieb
Nina Bogowik
Tel.: (495) 246 4051, Fax: (495) 248 3874
mdz-abo@martens.ru

Anzeigen
Tatjana Gorbatschowa
Tel./Fax: (495) 937 6545, 248 5858
gtv@martens.ru

Adresse
Russland, 119435 Moskau,
Deutsch-Russisches Haus,
Ul. Malaja Pirogowskaja 5, Office 54.
Tel.: (495) 937 6547, 248 23 30, 937 6544
Fax: (495) 248 3874
E-Mail: redaktion@martens.ru

MDZ im Internet: www.mdz-moskau.eu

Die Redaktion wird gefördert durch das Institut für Auslandsbeziehungen e.V. aus Mitteln des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für den Inhalt der veröffentlichten Anzeigen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck nur mit Quellenangabe möglich. Designentwurf: Natalija Gwosdewa. Registriert bei Roskompetschat. Registriernummer 017576. Redaktionsschluss: 25. Oktober 2006. Gedruckt in der Druckerei „Pressa“. Auflage 25 000 Expl. Номер заказа 510920. Газета в розницу не распространяется